

Eugen Loderer

Strukturelle Arbeitslosigkeit durch technologischen Wandel*

Eugen Loderer, Jahrgang 1920, ist seit 1947 hauptamtlicher Funktionär der IG Metall. Er war einige Jahre Vorsitzender des DGB-Landesbezirks Baden-Württemberg und von 1968 bis 1972 2. Vorsitzender der IG Metall. Seit 1972 ist er Vorsitzender der IG Metall.

I.

Es ist noch gar nicht so lange her, daß man die Gefahr langanhaltender Arbeitslosigkeit ein für allemal für gebannt hielt. Wir wissen heute: Das war ein Irrtum. Der oft verharmloste Konjunkturunbruch der Jahre 1966/67, der alles in allem rund eine Million Arbeitsplätze stilllegte, war ein Vorläufer der viel gefährlicheren Strukturkrise von heute. Immerhin liegt die Zahl der registrierten Arbeitslosen seit bald 3 Jahren bei einer Million. Zweifellos läßt sich ein Teil dieser Arbeitslosigkeit durch die Verbesserung der konjunkturellen Situation abbauen. Deshalb begrüßen wir die konjunkturpolitischen Aktivitäten der Bundesregierung. Aber allein durch die Konjunkturpolitik ist die alte Vollbeschäftigungssituation nicht wieder zu erreichen. Wir müssen mit struktureller Arbeitslosigkeit rechnen. Und nur strukturpolitische Konzepte helfen uns hier, die Gefahren zu bannen. Die Arbeitsmarktsituation wird noch

* Es handelt sich um die geringfügig gekürzte Fassung eines Referats zur Eröffnung der „Technologie-Tagung“ der IG Metall am 24. und 25. Mai 1977.

verschärft durch einen Anstieg der Zahl der inländischen Erwerbspersonen. Die geburtenstarken Jahrgänge der fünfziger und frühen sechziger Jahre drängen auf den Arbeitsmarkt und lassen bis 1990 einen zusätzlichen Bedarf von rund 1,4 Millionen Arbeitsplätzen entstehen.

Die Prognose klingt pessimistisch. Aber sie ist nicht unrealistisch. Ich will eine genaue Rechnung nicht aufmachen. Aber eines können wir schon jetzt sagen: Hier droht nicht nur eine gigantische Verschwendung der wichtigsten Produktivkraft, die wir besitzen, nämlich der menschlichen Arbeit. Hier droht nicht nur der materielle Lebensstandard der Arbeitslosen und ihrer Familien abzubrockeln, hier droht nicht nur den in Arbeit Stehenden ein gewaltiger Aderlaß, um das Heer der Arbeitslosen zu unterhalten. Hier unterminiert vielmehr ein Konstruktionsfehler unserer Volkswirtschaft das Selbstbewußtsein und Selbstwertgefühl jedes einzelnen Arbeitnehmers - ganz egal, ob er beschäftigt ist oder nicht. Und Hand in Hand mit diesem Prozeß der Beeinträchtigung von materieller Lebenslage und Selbstachtung des Arbeitnehmers droht eine langandauernde Arbeitslosigkeit jene fundamentale Solidarität zu untergraben, die die Basis unseres gewerkschaftlichen Kampfes um mehr Freiheit, mehr Würde und mehr Menschlichkeit im Bereich der Wirtschaft bildet. Wir malen nicht schwarz in schwarz. Die Lage ist aber voller Risiken, und daher ist es unsere Pflicht, frühzeitig mit allem Nachdruck eine Politik zu fordern, die diesen Gefahren entgegentritt. Wir lassen uns nicht allein auf die Selbstheilungskräfte des Marktes vertrösten. Der Markt von sich aus wird dieses Problem nicht befriedigend lösen können. Jeder Politiker in Bonn, der allein auf den Markt vertraut, macht sich einer großen Unterlassungssünde schuldig. Passivität in dieser Frage verletzt fundamental die Arbeitnehmerinteressen.

II.

Im jüngsten Sachverständigengutachten und im letzten Jahreswirtschaftsbericht taucht das Stichwort *Mikroprozessoren* überhaupt nicht auf. Im Bewußtsein wachsender Teile der Mitgliedschaft und in der öffentlichen Berichterstattung aber ist der Mikroprozessor längst als „Arbeitsplatzkiller“ und als „Chip, der Arbeitsplätze friß“, fest verwurzelt. Gewiß ist die Mikroelektronik nicht die einzige neue Technologie, die die Strukturen von Produktions- und Arbeitsabläufen verändert. Fraglos aber ist sie eine Technologie, die den gesellschaftlichen Strukturwandel in einem bisher noch nicht vorstellbaren Maße beschleunigen wird. Daraus rechtfertigt sich das Wort von der „Dritten industriellen Revolution“. Die erste industrielle Revolution brachte die Ablösung der Muskelkraft durch die Maschine. Die zweite industrielle Revolution automatisierte die maschinellen Produktionsprozesse bei Massengütern. Hier blieb die Steuerung und Korrektur der Prozesse in der Hand des Menschen. Die dritte industrielle Revolution dagegen bringt die Ablösung von wichtigen Denkfunktionen durch die Produkte der Halbleiter- und Opto-Elektronik, durch den Mikroprozessor und durch die neue Speicher- und Sensorenteknik.

Das Resultat sind einerseits massive wirtschaftliche Vorteile. Sie schlagen sich nieder in sinkenden Fertigungskosten und verkürzten Fertigungszeiten. Das Resultat sind andererseits massive soziale Risiken. Sie schlagen sich nieder in der Vernichtung von Arbeitsplätzen und in der Entwertung traditioneller Qualifikationen. Enorm sind zunächst die Auswirkungen auf die Zahl der Arbeitsplätze. Gewiß ergeben sich Beschäftigungsvorteile beim Halbleiterproduzenten, das heißt beim Hersteller der Mikroprozessoren und der verwandten Produkte. Ebenso gewiß aber ergeben sich heute größere Beschäftigungsnachteile in den nachgelagerten Produktions- und Verwaltungsbereichen: Das ist der Fall bei den Produzenten von meß- und regelgesteuerten Geräten für Haushalte und Fabriken. Die Wertschöpfung wandert ab in andere Bereiche, wenn die Denk- und Steuerungszentrale der Geräte nicht mehr im Betrieb gebaut wird, sondern bereits im angekauften Mikroprozessor enthalten ist. Wertschöpfung wandert ab ins Ausland, wenn der Elektronikkonzern ein ausländischer Multi ist.

Zur Wegrationalisierung von Arbeitsplätzen kommt es aber auch im Bereich der Geräteanwender. Das bekannteste, aber nicht das einzige Beispiel dafür ist die Gefährdung der Arbeitsplätze von Millionen von Textverarbeitern in Büro und Verwaltung durch den Einsatz von Mikrocomputern. Zu erwarten ist dann keineswegs, daß sich Beschäftigungsvorteile beim Halbleiterproduzenten und Beschäftigungsnachteile beim Gerätehersteller und beim Geräteanwender gegenseitig die Waage halten. Zu befürchten ist vielmehr, daß Arbeitsplätze dahinschmelzen wie Schnee in der Sonne, daß sich eine wachsende Anzahl von Arbeitnehmern auf der Straße wiederfindet. Es gibt Schätzungen, nach denen der Schaffung eines neuen Arbeitsplatzes durch die Mikroelektronik die Vernichtung von 5 alten Arbeitsplätzen durch die Mikroelektronik gegenübersteht.

III.

Was sind also die längerfristigen wirtschaftlichen, sozialen und technologischen Entwicklungslinien? Sie bestimmen jene Umstrukturierung der nationalen und internationalen Arbeitsteilung, auf die es zu reagieren und die es zu gestalten gilt.

An erster Stelle ist die absehbare Verknappung der Weltrohstoffe zu nennen. Deren Verteuerung durch Kartellierung der Rohstoffproduzenten und -Verteiler schreitet fort. Auch dies ist eine Seite der weltweiten Vermachtung der Märkte. Zweitens ist unsere natürliche Umwelt wachsenden Belastungen ausgesetzt. Sowohl die Erdöl-Katastrophen in der Nordsee als auch der Giftskandal von Seveso in Italien beweisen die Verwundbarkeit unserer Umwelt. Als dritter großer Trend zeichnet sich der Kampf der Entwicklungsländer ums Überleben durch verstärkte Industrialisierung ab. Noch ist der sogenannte Nord-Süd-Konflikt nicht einmal ansatzweise gelöst. An letzter Stelle will ich die sogenannten Sättigungstendenzen erwähnen, mit denen sich die Industrieländer in einer Reihe von Produktionsbereichen

auseinanderzusetzen haben. Diese weltweiten Tendenzen schlagen sich auch in der Bundesrepublik Deutschland nieder. Aber - bei einem Großteil unserer Bevölkerung kann von einer Bedarfssättigung keine Rede sein. Das sei hier einmal ausdrücklich betont. Und vor allem angesichts der hungernden Volksmassen in den meisten Entwicklungsländern lautet unser Ziel daher nicht „Wachstumsstopp“, sondern „qualitatives Wachstum“. Es ist klar, daß diese Problembündel nur gelöst werden können, wenn der Aufwand für Forschung und Entwicklung erhöht und zweckmäßiger als bisher verausgabt wird. Da ist es zum Beispiel nicht allein mit einer einseitigen Förderung der Großindustrie getan. Die Notwendigkeit, Forschung und Entwicklung gezielter auszuweiten, ist unbestreitbar:

Erstens wandern viele Betriebe mit standardisierten Produktionsabläufen in die Entwicklungsländer aus, weil die Anforderungen an die Qualifikation der Arbeitskräfte gering sind. Diese Abwanderung ist kaum zu vermeiden, und sie ist aus entwicklungspolitischen Überlegungen sogar notwendig. Denn nur so können die Entwicklungsländer zu echten Handelspartnern für die Industriestaaten werden.

Zweitens wandern bestimmte Produktionen aus, weil sie im Inland an Sättigungsgrenzen stoßen. Preis- und Gewinnraten schrumpfen. Andere Länder haben niedrigere Kosten für Rohstoffe, Umweltschutz und Arbeitskräfte.

Drittens gehen der Bundesrepublik Arbeitsplätze verloren, weil die Technologie in einigen Industrieländern einfach weiter fortgeschritten ist. Das ist etwa der Fall auf dem Gebiet der Halbleiter-Bauelemente und in ihren Anwendungsbereichen (ich nenne nur die Paradebeispiele Taschenrechner und Uhren). Und andererseits haben sich bestimmte Länder auf hochtechnisierte Güter spezialisiert: Das gilt zum Beispiel für spezielle Sparten des Maschinenbaus in den USA und Japan, während der westdeutsche Maschinenbau bedrohliche Rückstände an Spezialisierung und moderner Technologie aufweist: Experten nennen unseren Maschinenbau warnend „die Uhrenindustrie der achtziger Jahre“.

Enorm sind aber auch - und das ist nicht weniger wichtig - die Auswirkungen der neuen Technologie auf die Struktur der Arbeitsplätze und auf die Arbeitsanforderungen. Sie reichen weit über den unmittelbaren Produktions- und Verwaltungssektor hinaus. Sie reichen weit in unser gesamtes Bildungs- und Gesellschaftssystem hinein. Zu nennen ist die Polarisierung der Arbeitsanforderungen durch die neue Technologie. In einem gewissen Umfange wird die Zahl der Arbeitsplätze steigen, die höhere Qualifikationen erfordern als bisher. In einem weit größeren Umfange wird aber die Zahl der Arbeitsplätze sinken, die mit unterdurchschnittlicher Qualifikation des Arbeitnehmers auskommen. Auf der Tagesordnung steht der Wegfall von Routinefunktionen in der menschlichen Arbeit. Sie werden immer häufiger und immer schneller von den Mikroprozessoren übernommen werden. Auf die Tagesordnung gehört dementsprechend die Förderung menschlicher Eigenschaften wie

Flexibilität und Kreativität, wie Lern- und Entscheidungsfähigkeit, wie Mobilität und schöpferische Phantasie. Sie können von den Mikroprozessoren nicht übernommen werden. Diese wenigen Hinweise auf Risiken und Chancen der neuen Technologie können und müssen von den Experten ergänzt und möglicherweise korrigiert werden. Vor allem aber müssen diese Hinweise auf Risiken und Chancen der neuen Technologie von allen Beteiligten, von den Arbeitnehmern, von den Unternehmen und von den Politikern, als Aufforderung zum planvollen und entschlossenen Handeln begriffen werden.

IV.

Die genannten drei Abwanderungsmechanismen signalisieren den zunehmenden Verlust von Arbeitsplätzen. Sie weisen außerdem auf die Verschärfung des internationalen Konkurrenzkampfes und auf die Gefährdung der Wettbewerbsfähigkeit der westdeutschen Wirtschaft hin: Angesichts unserer hohen Exportlastigkeit — besonders in einzelnen Sektoren des Investitionsgütersektors - setzen sie bedenkliche Signale! Eine in die Zukunft gerichtete regionale und sektorale Strukturpolitik als Gesellschaftspolitik, wie die IG Metall sie seit langem fordert, hat demnach zuallererst zwei Ziele zu verfolgen: *Erstens* sind die Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten auszuweiten. Sie sind auf die Suche nach rohstoffsparenden, umweltschonenden und vor allem arbeitsplatzschaffenden Technologien zu konzentrieren. *Zweitens* ist das Qualifikationsniveau der Arbeitnehmerschaft nach dem Konzept „Lebenslanges Lernen“ innerhalb und außerhalb der Unternehmen unter Mitwirkung der Betriebsräte und Gewerkschaften zu erhöhen. Das Motto muß lauten: „Weg vom vorherrschenden, routineorientierten Gedächtnistraining. Hin zu mehr Flexibilität, Kreativität, Lernfähigkeit und Entscheidungsbereitschaft.“ Wie ich schon gesagt habe: Diese beiden Faktoren - Forschungs- und Ausbildungskapital - sind die wichtigsten Aspekte des „Standortvorteils“ der westdeutschen Wirtschaft im internationalen Wettbewerb. Auf dieser Grundlage ist *drittens* die Spezialisierung auf wachstumsintensive Industriezweige voranzutreiben, und zwar im Rahmen nationaler und internationaler Arbeitsteilung zwischen Industrie- und Entwicklungsländern. *Viertens* ist die selektive Entwicklung neuer Technologien und Produkte zu verstärken. Dazu gehört die Ausweitung der betrieblichen Produktpaletten und der Erschließung neuer Märkte. *Fünftens* schließlich muß die Durchsetzung der neuen Produkte im Betrieb und am Arbeitsmarkt mehr als bisher gefördert werden. Diese Innovationsförderung hat sich vor allem auf die Klein- und Mittelunternehmen zu konzentrieren, da dort nicht nur die Innovationshemmnisse besonders hoch sind, sondern außerdem rund 60% aller Arbeitnehmer Beschäftigung finden; ihre Arbeitsplätze sind durch den Strukturwandel extrem gefährdet. Die Uhrenindustrie dient da als warnendes Beispiel. Der Vorstand der IG Metall hat deshalb bereits vor einem Jahr die Einrichtung von sogenannten Innovationsberatungsstellen gefordert. Nach dem IG-Metall-Konzept sollen die Innovationsberatungsstellen - branchenübergreifend und von der öffentlichen Hand getragen- die gesamte Bundesrepublik

wie ein Netz überspannen. Sie sollen nicht nur Innovationshemmnisse beseitigen helfen, sondern auch für die strikte Einhaltung der gezielten staatlichen Förderungsauflagen Sorge tragen.

Es ist klar, daß ein derartiges Programm vorausschauender Strukturpolitik nur mittelfristig realisiert werden kann und überdies erhebliche Anforderungen an Flexibilität und Anpassungsbereitschaft der gesamten Wirtschaft stellt. In der Vergangenheit fehlte es den Managern eindeutig an der notwendigen Flexibilität. Viel zu lange investierten die Unternehmer in einen Produktionsapparat, der technologisch schon dem „Gestern“ angehört. Sie vernachlässigten die Investition in die eigene Produkt- und Verfahrensforschung sowie in das Ausbildungskapital ihrer Arbeitnehmer. Folglich wuchs die westdeutsche Industrie vor allem in die Breite: Kein anders Land hat soviel Kapital und Arbeit im Industriesektor gebunden wie die Bundesrepublik. Dennoch wurden hohe Gewinne gemacht! Das war auf drei Faktoren zurückzuführen: die langandauernde Unterbewertung der D-Mark, das lange Zeit relativ niedrige Lohnniveau im Verhältnis zu unseren Hauptkonkurrenzländern und der Zustrom ausländischer Arbeitskräfte. Nach dem Fortfall dieser Sondervorteile wird jetzt der Nachholbedarf an Strukturwandel offenbar. Dennoch zögern Unternehmer und Wirtschaftspolitiker, diesen Sachverhalt anzuerkennen und entsprechend zu handeln.

Anstatt die vorhin erwähnten fünf Strukturstrategien zu forcieren, versuchen die Unternehmer die Probleme möglichst unter Beibehaltung überholter Strukturen zu lösen. Das heißt: Sie weiten immer noch ihre Finanz- und Sachkapitalreserven engstirnig aus. Sie tun dies ohne Beachtung gesamtwirtschaftlicher und gesellschaftspolitischer Folgeerscheinungen - aber auf Kosten der Arbeitnehmer. Die Verschärfung der Strukturprobleme und des Verteilungskampfes sind die Folge. Die unbewältigte Problematik schlägt sich in der Verlangsamung des Wachstumstempos unserer Wirtschaft nieder: Wuchs das reale Sozialprodukt in den fünfziger Jahren noch jährlich um rund 8%, so erwartet man für die siebziger Jahre nur noch eine jährliche Durchschnittsrate von rund 3 %. Bisher spricht nichts für die Umkehr dieses Trends. Man muß für die achtziger Jahre das gleiche erwarten. Hinzu kommt ein Anstieg der Arbeitsproduktivität von etwa 4%. Diese Annahme ist nicht unrealistisch. Dann errechnet sich der Verlust von einer weiteren Million Arbeitsplätze für das nächste Jahrzehnt. Die Unternehmer tun bislang nichts gegen diesen negativen Trend. Das zeigt ihr Widerstand gegenüber vernünftigen Modernisierungsstrategien, das beweist ihr Bemühen, ihr Finanz- und Sachkapital rücksichtslos auszuweiten.

So fehlen bahnbrechende Innovationen, die zu neuen Wachstumsschüben führen könnten. Daraus folgt logisch der Zwang zur Anpassung des Produktionsapparates an die neuen Verhältnisse durch verschärfte Rationalisierung.

Die gleichzeitig ablaufenden Konzentrations- und Fusionswellen beschleunigen die Vermachtung der Wirtschaft und erleichtern auf diese Weise die Durchsetzung

der Rationalisierungsvorhaben. Gleichzeitig findet verstärkt ein wirtschaftlicher und politischer Druck auf den Staat statt, der mittelfristig noch als Auffangbecken für „wegrationalisierte“ Arbeitnehmer dienen könnte. Dieser Druck treibt aber den Staat ebenfalls in die Rationalisierungspsychose. Personaleinsparungen werden zum Wahlschlager gemacht.

Demgegenüber bietet sich die Ausdehnung des privaten und öffentlichen Dienstleistungsbereichs an. Dabei ist seine qualitative Umstrukturierung unter Ausnutzung der Chancen zur Produktivitätssteigerung energisch voranzutreiben. Zum Nutzen aller Bürger. Das wäre eine *sechste* strukturpolitische Alternative von hohem Gewicht.

V.

Mit den bisher genannten sechs strukturpolitischen Ansätzen sind vor allem der Staat und die Unternehmer angesprochen. Folgende vier Handlungsmöglichkeiten stelle ich für die Gewerkschaften zur Diskussion: Die Arbeitsorganisation ist neueren Entwicklungen anzupassen. Orientiert an den künftigen Arbeitsplatzstrukturen sind neue betriebliche und tarifliche Funktions-, Qualifikations- und Entlohnungssysteme zu entwickeln. Das wäre der *siebente* strukturpolitische Ansatzpunkt. Zur Debatte stehen die Arbeitsbedingungen im weitesten Sinne: von der Verbesserung der Arbeitssicherheit und der Umweltbedingungen bis zur Humanisierung der Arbeit und der Ausweitung der Entscheidungs- und Handlungsspielräume nach den Mitbestimmungsmodellen des DGB.

Die Tatsache, daß die bisher aufgezählten Konzepte erst auf mittlere Sicht Erfolg versprechen, zwingt *achtens* zur Besitzstandswahrung: betriebliche, tarifliche und gesetzliche Bremsmechanismen sind überall dort einzubauen, wo der Strukturwandel den Arbeitnehmern hohe persönliche und soziale Nachteile auferlegt. Der soziale Besitzstand der Arbeitnehmer muß unbedingt gewahrt bleiben. Nach Mitteln und Wegen wird hier zusammen mit uns der Arbeitsminister genauso suchen müssen wie jeder Betriebsrat.

Forschungs-, Innovations- und Bildungspolitik sind entscheidend für die Arbeitsplatzbeschaffung. Nicht weniger wichtig aber sind die Arbeitszeitverkürzungen. Ich nenne sie als *neunte* strukturpolitische Strategie. Es sollte uns und allen klar sein, daß die Verkürzung der Lebensarbeitszeit von existentieller Bedeutung für jeden einzelnen Arbeitnehmer wie für die Gesellschaft ist; denn ohne Arbeitszeitverkürzung werden wir das Problem der Arbeitslosigkeit nicht in den Griff kriegen.

Vorrangige Bedeutung sollte der Verlängerung des Erholungs- und Bildungsurlaubs zukommen. Auf diese Weise ist die Solidaritätsforderung nach gleichmäßiger Verteilung der knappen Arbeit auf mehr Schultern ganz effektiv zu erfüllen.

Daneben aber dürfen die anderen betrieblichen, tariflichen und gesetzlichen Möglichkeiten der Verkürzung der Lebensarbeitszeit und damit des Arbeitskräfteangebots nicht vernachlässigt werden. Ich denke zum Beispiel an den Abbau von Überstunden und von Nachtschicht- und Sonderschichtarbeit, die Ausdehnung von Pausen und Teilzeitarbeit, die Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit, die Verlängerung der Ausbildungszeiten vor und nach Eintritt ins Arbeitsleben und schließlich an das Vorziehen der Rentenaltersgrenze.

Die neuen Technologien werden die Arbeitsproduktivität explodieren lassen. Soll dieses Leistungspotential auch genutzt werden - und ich erinnere daran -, dann muß auch für die entsprechende kaufkräftige Nachfrage gesorgt werden. Das ist der letzte *zehnte* Aspekt unserer strukturpolitischen Betrachtungen. Der volle Lohn- und Gehaltsausgleich bei Arbeitszeitverkürzungen wird damit nicht nur eine soziale, sondern auch eine wirtschaftliche Notwendigkeit. Andernfalls sind Produktions- und Absatzkrisen die unausbleiblichen Folgen. Dabei sind durchaus verschiedene Kombinationen zwischen Lohnerhöhung und Ausdehnung der Freizeit denkbar.

Die IG Metall hat in der Vergangenheit bewiesen, daß sie bereit ist, wirtschafts- und gesellschaftspolitisches, sozial- und tarifpolitisches Neuland zu betreten. Dies ist geschehen in kritischer Kooperation mit Wissenschaftlern und Reformpolitikern. Dies ist geschehen in der offensiven Auseinandersetzung mit den Arbeitgebern und ihren politischen Stoßtrupps. Ich erinnere an die Oberhausener Automationskonferenz, an die Münchner Arbeitstagung über Streik und Aussperrung, an die Kölner Arbeitstagung über Krise und Reform in der Industriegesellschaft. Ich erinnere an konzeptionelle Ansätze und an politische Vorstöße aus unseren Reihen im Bereich der Konjunkturpolitik und der Strukturpolitik, im Bereich der Bildungspolitik, der Sozialpolitik, im Bereich der Technologiepolitik und der Gesellschaftspolitik.

VI.

Aus Fehlentwicklungen im wirtschaftlichen und politischen Raum haben wir im vergangenen Jahr auf der IG-Metall-Tagung „Krise und Reform in der Industriegesellschaft“ die allgemeine Notwendigkeit vorausschauender Strukturpolitik abgeleitet.

Aus den technologiebedingten Fehlentwicklungen läßt sich mit der gleichen Folgerichtigkeit nun die Notwendigkeit einer vorausschauenden Forschungs-, Technologie- und Innovationspolitik als spezielle Strukturpolitik ableiten. Bisher hat man nicht den Eindruck, daß Regierung und Parlament diesen Notwendigkeiten in ausreichendem Umfang Rechnung tragen. Die Ankündigung des Bundeskanzlers in seiner Regierungserklärung vom 16. Dezember 1976, daß die Bundesregierung für die Klein- und Mittelunternehmen ein Gesamtkonzept für Forschungs- und Energiepolitik vorlegen werde, um das in diesen Unternehmen vorhandene Innovationspotential zu aktivieren, ist richtig und verdient Unterstützung.

Aber das kann nur ein Anfang sein. Denn ein solches Konzept beseitigt nur einen Bruchteil des vorhandenen Defizits an vorausschauender Strukturpolitik. Ein Anfang sollen auch die von mir genannten zehn Strategien sein. Massenarbeitslosigkeit und das Ausmaß der Sorgen, die uns in unserem Lande und weltweit bedrängen, erfordern eine neue Qualität, auch in der Politik.

Bloßes Reagieren und - die nächste Wahl vor Augen - kurzfristig orientiertes Krisenmanagement, wie es leider trotz des Problemstaus oft praktiziert wird, sind nicht mehr als Flickschusterei. Es ist eine Tatsache: Noch hinkt die Politik den durch die Technologie aufgeworfenen Problemen hinterher. Genau umgekehrt wäre der Gang der Dinge richtig: Zuerst heißt es, sich Klarheit zu verschaffen über die Ziele, die im wirtschaftlichen, technischen und sozialen Bereich auf kurze und lange Sicht verwirklicht werden sollten. Dann erst beginnt die Suche nach Instrumenten, nach Maßnahmen und Strategien, mit denen die Ziele verwirklicht werden können.